

II-1422 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 828 /J

1991 -04- 0 9

A N F R A G E

der Abgeordneten Petrovic, Stoitsits und FreundInnen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Beachtung der Gesetze der Logik im Rahmen von
Beschlüßfassungen des Nationalrates als gesetzgebendes Organ

Am 19.3.1991 fanden im Rahmen der Plenardebatte über das Budgetkapitel Inneres zwei Abstimmungen der NationalratsmandatarInnen statt, deren Ergebnis möglicherweise zu Verwirrungen im Bereich der Vollziehung führen kann. Bedingt durch die Tatsache, daß die Mehrheit der Abgeordneten - unter Einbeziehung der Abgeordneten der Koalitionsparteien - zunächst einen Antrag auf Einrichtung einer speziellen Verkehrsüberwachungseinheit des Bundes (sog. "Verkehrskobra") abgelehnt hat und sodann in unmittelbarer Folge einen diametral entgegengesetzten Antrag, gerichtet auf Nichteinrichtung dieser "Verkehrskobra", ebenfalls mit Mehrheit - und wieder mit den Stimmen der Koalitionsparteien - abgelehnt hat, erscheint fraglich, welcher gesetzgeberische Wille aus diesem Abstimmungsverhalten hervorleuchtet.

Nun darf man wohl als ein allgemeines Anliegen gesetzgeberischer Aktivitäten die Beachtung des Prinzips größtmöglicher Rechtssicherheit voraussetzen, insbesondere was Handlungsempfehlungen an die Verwaltung, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausarbeitung legislativer Vorschläge betrifft. Diesem Prinzip scheint im konkreten Fall nur unzureichend Rechnung getragen worden zu sein, da ein Erfordernis der Rechtssicherheit ohne Zweifel auch die Übereinstimmung des Abstimmungsverhaltens mit den Geboten der Logik darstellen dürfte (Nicht zu Unrecht geht in einem anderen Bereich etwa der Verfassungsgerichtshof im Falle der denkbaren Anwendung von Gesetzen sogar von einem Bruch der Verfassung aus!).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

1. Gehen Sie davon aus, daß Handlungsempfehlungen des Nationalrates an die Verwaltung von dieser zu beachten sind? Wenn ja, welche Handlungsempfehlung können Sie dem konkret angesprochenen Abstimmungsverhalten der Koalitionsparteien entnehmen?

2. Halten Sie es für wünschenswert, daß die Willensäußerungen des Nationalrates grundsätzlich mit den Prinzipien der Logik vereinbar sein sollen? Wenn ja, wie deuten Sie dann unmittelbar aufeinander folgende, diametral entgegengesetzte Beschlußfassungen in derselben Sache?
3. Halten Sie es für erforderlich, in derartigen Fällen zusätzliche interpretative Regeln anzuwenden, wie etwa daß der zeitlich letzte Beschluß Gültigkeit haben soll?
4. Können Sie sich vorstellen, daß die Abgeordneten einer Koalitionspartei möglicherweise einem kollektiven Irrtum hinsichtlich Ihres Abstimmungsverhaltens erlegen sind, da nämlich in den Medienberichterstattungen über die beiden entgegengesetzten Anträge zur "Verkehrskobra" stets davon die Rede war, die SPÖ hätte eine derartige Institution gewünscht, während die ÖVP sie abgelehnt hätte, wiewohl beide Koalitionsparteien dasselbe Abstimmungsverhalten gesetzt haben? Könnten Sie sich in einem derartigen Fall eine Art von "Falsa demonstratio"-Regel vorstellen, da doch offenbar die Abgeordneten der Koalitionsparteien jeweils einem Irrtum erlegen sein müssen? Oder halten Sie es für denkbar, daß die bezeichneten Abgeordneten bewußt die Einhaltung der Regeln der Logik bei Ihrem Abstimmungsverhalten ausschließen wollten?